

Positionspapier - Klausurtagung der CDU-Fraktionen aus Brandenburg und Sachsen in Cottbus vom 5. Juli 2011

„Die Lausitz: Zukunftsregion für Sachsen und Brandenburg“

Die Lausitz steht als gemeinsame länderübergreifende Region des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen in den nächsten Jahren vor weiteren Herausforderungen. Als eine der wichtigsten Energieregionen in Deutschland ist sie auf die Braunkohle angewiesen – mit all den damit verbundenen Vor- und Nachteilen. Da dieser Energieträger endlich ist, müssen wir uns schon jetzt mit den Zukunftsperspektiven der Lausitz befassen.

Die CDU-Landtagsfraktionen der Länder Brandenburg und Sachsen sehen die Lausitz vor folgenden Herausforderungen:

1. Der Abbau der Braunkohle als einheimischer Energieträger hat in der Lausitz Tradition und sichert 17.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze. Mit der Braunkohle ist eine hohe Wertschöpfung verbunden, die in der Lausitz erfolgt. Von der günstigen Stromproduktion profitieren – weit über die Lausitz hinaus – die Verbraucher und die Wirtschaft in Brandenburg und Sachsen. Wir sprechen uns für eine weitere Nutzung der Braunkohle aus, weil nur so genügend sicherer und grundlastfähiger Strom zur Verfügung steht. Auch dann, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Die Braunkohle ist die Partnerin der erneuerbaren Energien. Die Zukunft der Lausitz hängt auch in den kommenden Dekaden entscheidend von der Braunkohle ab.
Der Umweltschutz ist für uns dabei von großer Bedeutung, deshalb werden beim Braunkohleabbau Umweltverträglichkeitsprüfungen und Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Die CDU-Fraktionen werden dabei frühzeitig den Dialog mit den betroffenen Bürgern führen. Dabei sollten die Anliegen der betroffenen Bürger berücksichtigt werden. Beispielsweise soll überprüft werden, ob Tagebaue um Dörfer herumgeführt werden könnten, um so deren Struktur zu erhalten. Das Abscheiden und Einlagern von CO₂ (CCS) bzw. das Abscheiden und Nutzen von CO₂ (CCU) müssen aus Gründen des Umweltschutzes weiter erforscht und erprobt werden. Die stoffliche Nutzung der Braunkohle ist stärker ins Blickfeld zu nehmen.
Um die **Lausitz als Energieregion** zukunftsfähig zu machen, sollten die Forschung, die Entwicklung und die Nutzung von alternativen Energien in der Region (beispielsweise Wasserstoff-Forschungszentrum an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, Ressourcentechnologie-Institut und Deutsches Brennstoffinstitut dbi bergakademie an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg) gestärkt werden.
2. Seit 1992 werden 120.000 ha Braunkohlenflächen in den Ländern Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt saniert und bewirtschaftet. Mit Hilfe von Bundes-Länder-Verwaltungsabkommen werden somit bis Ende 2012 8,5 Milliarden Euro auch in der Lausitz investiert. Etwa 97 Prozent der bergmännischen Sicherungsarbeiten werden bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein. Das nächste Bund-

Länder-Verwaltungsabkommen über die Finanzierung der **Braunkohlesanierung**, welches dann ab dem Jahr 2013 gelten wird, muss eine auskömmliche Finanzierung beinhalten. Dabei sollte besonders die Problematik des Grundwasseranstiegs und der Grundbrüche berücksichtigt werden. Hierbei sollte auch überprüft werden, ob und in welchem Umfang Entschädigungsleistungen für betroffene Bürger und Gemeinden in Frage kommen könnten. Deshalb hat mit dem 5. Verwaltungsabkommen der Schutz der Menschen und Güter in der Region Vorrang vor anderen Maßnahmen bei der Tagebaurekultivierung.

3. Die **Wissenschaftslandschaft** der Lausitz im Herzen Europas blüht. Die aktuelle Studie der IHK Cottbus zu den Innovationspotenzialen der Region belegt eindrucksvoll den engen Zusammenhang zwischen Universität, Hochschulen und innovativen Unternehmen. Sowohl die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus - die einzige technische Universität in Brandenburg - als auch die Hochschule Lausitz mit ihren Standorten in Cottbus und Senftenberg haben sich im nationalen Hochschulranking sehr gut etabliert. Die Anzahl der Studierenden konnte an beiden Universitäten / Hochschulen stetig gesteigert werden. Damit ziehen sie junge Menschen in die Region und tragen entscheidend zur Deckung des dringend benötigten technisch-wissenschaftlichen Fachkräftenachwuchses der Region bei. Hervorzuheben ist auch die enge Kooperation der BTU Cottbus mit der Sächsischen Energiehochschule Zittau/Görlitz. Zukünftig muss das Profil der wissenschaftlichen Einrichtungen der Region noch stärker geschärft und im Kontext der mittel- und osteuropäischen Wissenschaftslandschaft entwickelt werden. Dazu ist es notwendig, dass eine bessere Ausrichtung auf die Erfordernisse der Lausitzregion insbesondere hinsichtlich der industriellen Entwicklung der Lausitz erfolgt. Hierbei muss die Wertschöpfung für die einheimische Industrie stärker im Vordergrund stehen. Es ist daher notwendig, dass weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt werden.
4. Die Lausitz erstreckt sich über große Teile des südlichen Landes Brandenburg und des nördlichen Freistaates Sachsen. Damit diese ländlich geprägte Region wirtschaftlich gestärkt werden kann, müssen die Wirtschaftsräume noch enger verflochten werden. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Polen. Dabei ist es unerlässlich, dass die gemeinsame **Wirtschaftsentwicklung** der brandenburgischen und der sächsischen Lausitz intensiviert wird. Das gilt u.a. für die Vermarktung, die Ansiedlung, die Unternehmensentwicklung und die Sicherung von Fachkräften. Außerdem muss eine verstärkte Abstimmung in Fragen der Wirtschaftsförderung zwischen den Ländern Brandenburg und Sachsen erfolgen. Eine zu zentralistische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg birgt die Gefahr, dass die ländlichen Räume in Brandenburg davon abgekoppelt werden.
5. Die Menschen und die Unternehmen in der Lausitz sind auf eine funktionierende und gut ausgebaute **Infrastruktur** angewiesen. Es ist daher erforderlich, dass sich beide Länder noch enger bei gemeinsamen Verkehrsvorhaben abstimmen. Das gilt in erster Linie für die konsequente Realisierung der TEN-Achsen sowie für den Ausbau der B87n, B96n, der B 169. Sowohl für den Personennahverkehr als auch für einen umweltverträglichen Güterverkehr kommt den Bahnstrecken Berlin-Dresden, Berlin-Cottbus-Görlitz und der Niederschlesischen Magistrale eine besondere Bedeutung zu.

6. In den letzten Jahren hat gerade die Lausitz vermehrt mit Hochwasserereignissen der Elbe, der Spree und der Neiße sowie ihrer Nebenflüsse und deren Folgen zu kämpfen. Deshalb sehen wir es als unerlässlich an, dass das **Hochwasserrisikomanagement** und technische sowie präventive Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser besser sowie länder- und grenzübergreifend koordiniert werden. Dabei sollen im Hochwasserfall u.a. Retentionsflächen und vorhandene Tagebauseen in der Lausitz entsprechend ihrer Hochwasserrückhaltekapazität zur Entlastung der Elbe, der Spree und der Neiße sowie ihrer Nebenflüsse genutzt werden.
7. In den kommenden Jahren muss die öffentliche Diskussion über die Zukunft der Lausitz forciert werden. Dazu soll ein **Lausitz-Forum** unter Einbindung bestehender Initiativen - wie die Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. - gegründet werden, welches sich umfassend mit der Entwicklungsperspektive der Region in den nächsten Jahren befasst und Lösungsvorschläge erarbeitet. In diesem Forum sollen die Landkreise Bautzen, Elbe-Elster, Görlitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus aktiv mitarbeiten und unter dem Vorsitz eines brandenburgischen und sächsischen Landkreises entsprechende Vorschläge für die Landesregierungen erarbeiten. Im Mittelpunkt des Lausitz-Forums sollen unter anderem die folgenden Punkte stehen:
 - Entwicklung des Lausitzer Seenlandes,
 - Erhalt und Schaffung von auskömmlichen Industriearbeitsplätzen,
 - Leben und Arbeiten in der Lausitz (Verbindung von Tourismus und Industrie),
 - Erhalt und Förderung der Kultur und regionaler Traditionen,
 - Zusammenarbeit bei kulturellen Projekten, z.B. bei der Industriegeschichte
 - Pflege und Erhalt der sorbischen Sprache und Traditionen,
 - gemeinsames Energiekonzept für die Lausitz,
 - Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit,
 - gemeinsame Abstimmung von grenzüberschreitenden öffentlich bestellten Verkehren.